

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1918**

224 (26.9.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-87448](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-87448)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochener Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.00 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.42 Mark; zweimonatlich 2.00 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.28 Mark; einmonatlich 1.00 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.14 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probenummern acht Tage gratis u. franco.




Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeitspaltzeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Restzeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Um 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telefonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

[Das „Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft“ wird während der Kriegszeit nicht beigefügt.]

Nr. 224. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsst. Nr. 5. | Besta, Donnerstag, 26. September 1918. | Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg i. Gr.: W. Warelmann, Nächststr. 51, Fernspr. 1032. | 85. Jahrgang



Hart ist die Prüfung
die uns auferlegt. Aber wir müssen sie bestehen. Sie ist der Maßstab unseres Wertes und unserer Größe.

Die Grundlage unseres Durchhaltens bildet das Bewußtsein, sich einzusetzen für die große Sache. Diese Empfindung darf bei uns keine vorübergehende Wallung sein. Die Kräfte, die uns groß gemacht haben, sollen uns auch fernhin aufricht erhalten.

Die Aussprache im Hauptauschuß.

Berlin, 25. Sept. Die große politische Aussprache im Hauptauschuß wurde am Mittwoch durch den Abg. Gröber (Zentr.) eröffnet.

Zentrumsführer Gröber:

Die im Westen erlittene Niederlage wollen wir nicht unterschätzen; aber die Tüchtigkeit unseres Heeres und die Genialität seiner Führung garantieren uns, daß alles geschickt, was in menschlicher Macht liegt. Nach gelegentlichen Mißerfolgen darf man die Gesamtlage nicht beurteilen. Das sind Beschüsse des Feindes, die nicht ausbleiben. Unter Vertrauen zum Heer und zu seinen Führern ist unerwartet. Die Ausführungen des Generals von Wriesberg aber waren nicht ausreichend. Nützlichkeiten müssen vertrauliche Ergänzungen gemacht werden, damit der Reichstag klar sehen kann. Zweifellos hängt die Widerstandskraft der Truppen von der Kraft und der Festigkeit der inneren Front mit ab. Es muß volles Vertrauen herrschen zwischen Regierung und Volk. Hinsichtlich der Ziele ist bereits eine weitgehende Übereinstimmung, besonders zwischen Reichsleitung und Heeresleitung erfolgt. Die Rede Payers in Stuttgart war nicht eine gelegentliche Aeußerung, sondern stellte ein Aktionsprogramm der Regierung dar, das in Übereinstimmung mit der obersten Heeresleitung aufgestellt worden ist. Diese Übereinstimmung erreicht zu haben, ist unter allen Umständen ein Verdienst des Grafen Hertling. Das Zentrum ist bereit, auf dem Boden dieses Aktionsprogrammes zu treten. Das Zentrum verkennt nicht, daß viele Wünsche des Reichstages unerfüllt geblieben sind. Das Haupthindernis dafür war der Zwiespalt zwischen der Zivilregierung und der Auffassung gewisser militärischer Stellen. Dadurch wurde Unklarheit im Innern geschaffen und es wurde der Eindruck einer gewissen Inhomogenität im Auslande hervorgerufen. Wenn auch heute noch nachgeordnete Stellen das Gegenteil tun von dem, was die höchsten der Reichsleitungen sind, so ist es höchste Zeit, diesen Widerspruch zu beseitigen, sonst könnte es zu spät werden. Der Wille der Reichsregierung muß sich gegen alle Widerstände durchsetzen. Fehlt es hierzu an den notwendigen Mitteln, so müssen sie geschaffen werden. Wir müssen ganz offen reden. An der Ehrenhaftigkeit des Reichstages zweifelt niemand; aber sehr oft klafft ein großer Widerspruch zwischen den feierlichen Erklärungen des Reichstages und den praktischen Maßnahmen im Lande und in den besetzten Gebieten. Fast immer sind es hohe und mittlere Militärs, die sich an die Regierung nicht fügen. Es ist höchste Zeit, es muß sofort anders werden. Außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Mittel, und diese müssen unverzüglich angewandt werden. Mit eisernem Willen muß Bekanntes gehalten werden. Die Königsmacht in Finnland ist eine innerpolitische Angelegenheit und es darf kein Zweifel bestehen, daß Deutschland für den finnischen Thron irgend eine Sicherheit nicht übernehmen kann. Die Randvölker müssen ihr Selbstbestimmungsrecht auch wirklich ausüben dürfen. Selbstverständlich wird der Weltfrieden nicht ohne Rückwirkung auf den Osten bleiben, aber wir können die entsprechende Entscheidung nicht den feind-

lichen Mächten überlassen. An ihrem eigenen Interesse haben sich die Randvölker Deutschland gegenüber. Das dynastische Interesse darf niemals maßgebend sein. Die Personalunion ist erledigt. Sie liegt weder im Interesse Deutschlands noch in dem der Randvölker. Diese Frage scheitert also aus. Auch die Selbstverwaltung der Randvölker muß allen Schwierigkeiten zum Trotz gelöst sein. Mit der Militärverwaltung muß Schluß gemacht werden, das Militär muß heraus, denn es wird von den Randvölkern als Unterdrückung empfunden, ein Eindrud, der verwirklicht werden muß. Vielmehr muß Zufriedenheit geschaffen werden; dann werden die Überreste der Einente in jenen Gebieten leichter. Das Militär hat zwangsweise die deutsche Sprache in vielen Schulen eingeführt. Situations Abgeordnete werden von der Regierung in Berlin nicht empfangen. Mit Zentrumsabgeordneten dürfen sie nicht reden. Die Lösung der politischen Frage geht nicht vorwärts. Es muß eine relativ befriedigende Lösung baldigt kommen. Mit der alten Polenpolitik Preußens, überhaupt mit dem Haktatismus und aller überfüllten Germanisierungspolitik muß schnellstens aufgeräumt werden.

Auf dem Gebiet der inneren Politik bietet die Handhabung des Belagerungszustandsgesetzes Gegenstand fortwährender Beschwerde. Hier muß durchgegriffen werden. Ich erwarte heute noch eine Aufklärung des Reichstages, was er in dieser Frage zu tun gedenkt. Die Zentralfelle für die Wählerrecht wird in ihrer Tätigkeit durch den gemeinsamen Erlass des Reichstages und des Zentralschlichtungsausschusses im Sinne der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917 ist noch nicht worden, ebenso die Tätigkeit ihrer Komitees. Gener Gehlen erlag des preussischen Kriegsministers von Stein muß unbedingt zur Durchführung werden. (Ruf: Der Minister selbst muß zurücktreten.) Der Reichstagsrat ist mit diesem Erlass nicht einverstanden. Er muß aber solche Dinge unmöglich machen. Verhandlungen und Reden, die sich mit der Wahlrechtsfrage beschäftigen wollen, also die Regierung unterhalten, sind von Militärs verboten worden. Diese Vorgänge wirken schädigend auf die innere Front zurück. Es ist die höchste Zeit, daß energisch zugegriffen wird. Wenn meine Forderung politische Konsequenzen hat, so werden wir die zu tragen wissen. Der Reichstag kann sich nicht gefallen lassen, daß seine Beschlüsse über die Handhabung des Belagerungszustandsgesetzes, Vereins- und Verklammerungsrechte usw. in dieser Weise mißachtet werden. Diese Beschlüsse des Reichstages haben seiner Zeit die Zustimmung sowohl der Regierung wie der Heeresleitung gefunden und trotzdem in dieser Weise mißachtet. Ich weiß, daß der Reichstagsrat mit dem Geheimrat nicht einverstanden ist. Vor dem durch den durch den Reichstagsrat des Kaisers im Herrenhaus herauf des Reichstages in Berlin verhandelt werden, aber es ist das Wahrscheinlich zu reden. Der Reichstagsrat muß derartigen schädlichen Ausdrücken gegen die eigene Politik der Regierung entgegenentretten. Ich wiederhole: Die Lösung dieser Fragen sind Lebensfragen für das deutsche Volk und für die Einheit der inneren Front, die zu erhalten Hauptaufgabe der deutschen Politik sein muß. (Lebh. Beif.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Der Reichstagsrat hat keine persönlichen Feinde im Hause, aber die sachliche Gegnerlichkeit gegen seine Politik ist gewachsen, und die Gegnerlichkeit der Sozialdemokratie ist rein sachlich. Der Reichstagsrat hat nicht vermocht, zu verhindern, was wir nicht wünschten und durchzuführen, was wir verlangten. Das letzte Jahr war das schmerzliche Jahr. Wir sind dem Ziele nicht näher gekommen. Die Rückschläge im Westen haben so schwer einwirkend, weil man so große Hoffnungen erweckt hatte. Hoffnungen, die viel zu weit gingen. Die Gegner geben sich einer Täuschung hin, wenn sie glauben, Deutschland zerschmettern zu können; aber solche Selbsttäuschungen werden den Krieg verlängern. Die gefürchten Aufstellungen der Heeresverwaltung genügen nicht. Unsere Gegner haben in ähnlichen Lagen anders gehandelt. Sie suchten viel offener. Der Krieg muß darauf eingestellt werden, uns vor der Personifizierung zu bewahren; nur ein solcher Verteidigungsrieg ist die Kräfte aus, die wir brauchen. Das militärische Siegesideal ist nicht das unrichtige. Die Disziplin ist uns nicht verfallend. Staatssekretär Solf kann die Zusatzverträge zum Breiter Friedensvertrag noch nicht, Wiegand v. Payer aber kann sie. Dadurch entlastet der Eindruck der Zweideutigkeit. Wir verzetten Kräfte im Osten und schmücken uns dadurch im Westen. Der Friedensvertrag von Brest-Litovsk ist ein schweres Hindernis für den Welt-

frieden. Es bestehen allerlei Gerüchte über Pläne, unsere Linien im Osten vorzuziehen. Gestern haben wir gehört, daß solche Pläne bei der Regierung nicht bestehen. Aber die Zusatzverträge und das Königsspiel in Finnland bleiben schwere politische Fehler. Der Landgraf von Hessen ist Offizier. Wer erlaubt ihm, seine Nationalität abzulegen, auf Abenteuer auszugehen und das Deutsche Reich festzusetzen? Man lasse die Finger davon. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß reslos durchgesetzt werden. Die Art, wie Staatssekretär von Kühlmann gehen mußte, mußte verhängnisvoll wirken. Die Reichsleitung bekennt sich zur Friedensentscheidung des Reichstages, der Kriegsminister aber gibt einen Erlass heraus, der wie ein Faustschlag in das Gesicht der Reichsleitung wirken muß. Keinhilf sieht es mit der belagerten Lage. Auch innerpolitisch kümmern sich Militärs und Polizei mit der Regierung. Auch mir wurde in Essen verboten, über das Wahlrecht, also über eine Regierungsfrage, zu sprechen. Die Eingriffe der Zensur sind unbegreiflich. Was wird nicht alles verboten. Die Stimmung im Lande wird geradezu in böswilliger Weise verumflutet. Wie sollen wir die Stimmung im Lande bessern, wenn das Militär so vorgeht. Unser Militär wird immer herrischer, die Regierung aber immer schwächer. Fort mit allen Nebenregierungen. Bei den Abwechslungen ist ein großer Kaiserhammer eingetreten, aber auch in anderen Kreisen. Wir werden unter Verbalten zur Regierung danach einrichten, ob die Regierung versteht, ihre vernünftigen Absichten durchzuführen. Die Ausführungen des Reichstages über Belgien haben uns liberallisiert. Nach alle dem, was mir über die Vorgänge dort bekannt hat, kann von einer belagerten Schuld nicht gesprochen werden. Wer für eine Schuld eintritt, muß auch den Willen haben, sie wieder gut zu machen. Das Militär hat schwere politische Fehler gemacht. Wir dürfen die Dinge nicht so weiterreiben lassen.

General Wriesberg:

Der Erlass des Kriegsministers richtet sich nicht gegen die Entschließung des Reichstages vom 19. Juli 1917. Dem Kriegsminister ist vielmehr bekannt geworden, daß die Verklammerung der Zentralfelle für Wählerrecht über den Rahmen seiner Entschließung hinausgegangen sollte, daher die Umweisung an den Generalkommandos. Die Kriegsmaterielle Verfügung hinsichtlich der Behandlung der Wahlrechtsfrage ist längst zurückgezogen. Hier haben Mißerständnisse vorgelegen.

Abg. Fißhobd (Fortf. Volkspartei):

Die Lage ist ernst, aber wir haben nach unserer Auffassung keinen Grund, kleinmütig zu werden. Wir hoffen, daß die militärische Lage sich wieder bessert. Die Ernte ist besser und wir haben die Möglichkeit, durchzuhalten. Die politische Lage muß alles tun, was die Kräfte im Innern zu stärken. Deman muß der Sieg stehen, daß wir einen reinen Verteidigungsrieg führen. Der Reichstagsrat hat verprochen, die Handhabung des Belagerungszustandes aufzuheben, was zu mildern. Es sind Erlasse ergangen, aber es wurde nicht besser, sondern schlimmer. Die Militärs machen es nach ihren Köpfen. Es muß Wandel geschaffen werden. Wir müssen Taten sehen. Mit dem Volke zusammenzuarbeiten ist unmöglich, solange die Wand des Belagerungszustandsgesetzes dazwischen steht. Die Wahlrechtsfrage hatte den Zweck, das Vertrauen des Volkes zu stärken, die Militärs aber verhindern, daß das Vertrauen aufkommen kann. Die Entladung der Erregung in einem Wahlkampf ist nicht so gefährlich wie die Annäherung von Groll und Verflämung. Es geht um die Kreisleitern werden Beschimpfungen des Stellvertreter des Reichstages sein, ohne daß etwas dagegen geschieht. Die Heeresleitung wird man nur sehr durch eine klare, vollständige Regierungspolitik. Täglich entstehen neue Probleme und Beschluß müssen Richtlinien über den weiteren Gang der Politik vereinbart werden. Wir stehen auf dem Boden des Widerstandgedankens. Wir wollen zeigen, daß unser Militarismus nicht Selbsthohn ist, sondern nur dem Schutze der Heimat dient. Wir wollen nach Mitteln suchen, um künftige blutige Kriege unmöglich zu machen. Seht der Feind die besten Bestreben seinen Verteidigungswider entgegen, dann ist die Front im Innern wieder fest und unerschütterlich. Wir haben Vertrauen zum Heer, aber wir fordern klare Kriegsspiele. Auch zur obersten Heeresleitung haben wir Recht mit hineingezogen worden. Die politische Abteilung der Obersten Heeresleitung durchtreut die besten der politischen Reichsleitung. Der Erlass des Kriegsministers ist in fei-

ner Weise entschuldbar. Kann der Widerstand der feilwer. Generalkommandos nicht gebracht werden? Man sollte einmal ein Beispiel formulieren, das würde helfen. Die Behandlung der Soldaten muß anders und besser werden. Nichts konnte die Stimmung mehr verderben als die Erlasse Einzüge und anderer, von denen der Reichstagsrat allerdings nicht gemut hat. Manche Bestrebungen an unseren Heeren erregen tiefe Mißstimmung, so hinsichtlich der finnischen Königsmacht, Elaf, Lottringens und der Personalunion. Es geht uns Ganze, nach außen und nach innen. Wir sind einverstanden mit dem vom Wiegand von Payer in Stuttgart aufgestellten Programm. Die Regierung muß nun aber auch die Kraft haben, es durchzuführen.

Abg. Stresemann (natl.):

Auch wir stellen uns auf den Boden des Aktionsprogrammes, das der Wiegandler entwickelt hat. Wir müssen im Innern eine geschlossene Front haben. Man darf uns daher keinen Vorwurf daraus machen, daß wir, nachdem sich die politische Lage geändert hat, auch unsere Stellung entsprechend geändert haben. Wenn die Reichsregierung und die Oberste Heeresleitung sich an ein Programm einigen, so werden wir uns hinter dieses Programm stellen. Ueber das Verhalten Belgiens zu Beginn des Krieges bezieht sich keine Übereinstimmung. Wir müssen einmal die gesamte Material über Belgien erhalten, damit es prüfen und zu einer klaren Beurteilung kommen können. Jede Einmischung in die inneren Verhältnisse lehnen wir ab. Die Mächte, die uns rufen, sind vielfach von alterer unsere Gegner, um wir haben keine Veranlassung, ihnen zur Macht zu verhelfen. Zur Macht gelangt, würden sie ihre alten enfeindlichen Reigungen wieder beizügeln. Die Zusatzverträge zum Breiter Friedensvertrag enthalten eine Kriegsentwickelung nicht. Die finnischen Bestrebungen nach Gründung einer Monarchie haben in Deutschland nicht die Unterstützung gefunden, die die Finnen erwartet haben. Bedauerlich ist, daß man in der deutschen Offenzichtigkeit daran ist, die Grundlagen unserer Friedenspolitik im Osten zu lockern. Die Abtreunung dieser Länder von Rußland ist unangeheißt, die Frage ist strittig, in welcher Form sie in Zukunft am besten bestehen können. Auch Krieg war es, daß bei der längeren Dauer des Krieges die Militärs die Grenzen ihrer Macht nicht immer beachten. Der Erlass des Kriegsministers ist für türlich nicht zu billigen, ebensowenig das Verbot der Wahlrechtsverklammerungen. Eine vernünftige Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand würde im Volke wohl verstanden. Die überwiegende Mehrheit der Nationalisieranten ist auf dem Boden der Wahlrechtsfrage der preussischen Regierung, billigt die Entscheidung des Herrenhaus abwarten will. Zur Auflösung muß geschritten werden, wenn die Notwendigkeit sich ergibt, auf natürlich wäre eine Verhängung besser als ein Auflösung. Daß Rumänien gestiftet wurde, C tenzvertreter in Daff zu zugelassen, war ein Festhoffentlich gelang es, im Einvernehmen mit der Regierung die so dringend notwendige Einheitsfront der Front auch in der Heimat herzustellen.

Hierauf wird die weitere Aussprache auf Donnerstag vormittag verlegt.

Später fand noch eine vertrauliche Zusammenkunft der Ausschußmitglieder mit Regierungsvertretern statt.

Das Zentrum und das Kabinett Hertling

Berlin, 25. Sept. In der Presse zeigt man einigermaßen Ueberdruß durch die scharfe Kritik der Führer des Zentrums, Abg. Gröber, Hauptauschuß des Reichstages an der Politik Reichstages gelebt hat. Man tut, als könne man diese Kritik nicht in Einklang bringen mit der Zentrumsfraktion dem Reichstagsrat Hertling gegenüber eingestimmten Haltung. Wir j im Gegenteil der Ansicht, daß die Kritik in der Zeitung des Reiches und in der von ihr vertretenen Politik gelebt hat, der beste Beweis dafür ist, daß für die Zentrumsfraktion bei der Beurteilung der politischen Lage rein sachliche, wegründete bestimmend und ausschlaggebend sind. Wir haben niemals Anstand genommen, an Politik der Reichsleitung Kritik zu üben, hal aber auch stets Wert darauf gelegt, daß diese Kritik nicht nur an sich sachlich sein, sondern auch sachlichen Zwecken dienen muß. Wir stehen an auf dem Standpunkte, daß für jeden politischen Fehler ein Ministerkopf fallen muß, und wir ten die Führung unserer Reichsgeschichte im C

nen nicht so fehlerhaft und unzulänglich, daß ein Wechsel in der obersten Reichsleitung notwendig wäre. Die im Hauptauschuss vom Zentrum geübte Kritik beweist, daß die Partei dem Reichstagler Grafen Hertling, der aus ihren Reihen hervorgegangen ist, völlig objektiv gegenübersteht, ihn zugleich aber auch die lokale Gewinnung entgegenbringt, daß sie sich nicht blos bereit findet, aus Gründen und Zielen, die nicht ausschließlich im vaterländischen Interesse liegen, ihn fördern zu helfen. In der Presse der Wänter ist wiederholt betont worden, daß Graf Hertling durchaus nicht zu gehen brauche, wenn er zur Erweiterung der Parlamentarisierung des Reiches seine Hand biete. Die Sozialdemokraten aber fordern trotzdem den Rücktritt des Grafen Hertling. Dem Zentrum wird man es nicht wohl verdenken können, wenn es sich nicht zum Vorparlament sozialdemokratischer Sonderforderungen hergeben will. Macht man sich das klar, wird man die vom Abg. Gröber geübte Kritik nicht mehr überausfindig finden und als Anzeichen einer Wendung innerhalb der Zentrumsparlei deuten können. Dessen sich die Bekämpfer und Förderer der Zentrumsführer vielmehr im weiten Umfange mit den Auffassungen und den Wünschen der anderen Parteien der Reichstagsmehrheit, liegt der Gedanke nahe, daß bei so weitgehender Uebereinstimmung sich leicht noch wieder eine Linie finden läßt, auf der sich die Mehrheitsparteien zur gemeinsamen Arbeit in dem von allen als notwendig Erkannten zusammenfinden können. **Nicht beim Zentrum liegt die Verantwortung dafür, daß aus den augenblicklichen innerpolitischen Wirren ein guter Ausweg gefunden wird, wie es in der Presse bislang hingeworfen beliebt wurde, sondern bei der Sozialdemokratie, die sich entwickeln müssen, ab sie ihre Sonderinteressen hinter der großen allen Parteien jetzt gemeinsamen Aufgabe der Stärkung der inneren Front und des Ausbaus der nationalen Verteidigung zurückstellen wollen:**

Als Ergebnis der Aussprache im Hauptauschuss, daß man, so schreibt die Germania, „ansehen Einbrüche nach feststellen, daß eine weitere Verabreichung in der Verteilung der Dinge eingetreten ist. In erster Linie wird man das auf die Rede des Zentrumsabgeordneten Gröber zurückzuführen haben, der bei aller Kritik an Einzelheiten hier und dort doch die Hauptrolle nicht vermissen läßt, und die Gröber, die das Kabinett Hertling auf dem politischen Wege zu verdrängen hat, den es mit der Reichstagsmehrheit zu geben einlöslich ist.“

Man hat da einmal an das Aktionsprogramm des Reichstagsler v. Döber zu denken, das er in seiner bedeutsamen Stürzreden Rede niederteilte. Von dieser Rede ist seinerzeit sofort festgesetzt worden, daß sie die volle Zustimmung aller maßgebenden Faktoren an der Spitze des Reiches habe. Der Abg. Gröber hat nun die Zustimmung seiner Freunde zu diesem Programm ausdrücklich ausgesprochen und damit einen Weg gewiesen, auf dem man sich zu gemeinsamer Arbeit erneut zusammenfinden kann. In der Tat ist heute nicht nur das Zentrum auf diesen Boden getreten, auch die Fortschrittler dürfen ohne weiteres den programmatischen Vereinbarungen ihres früheren Führers zustimmen, bezw. sie haben es bereits mindestens durch ihre Presse getan. Und für die Nationalliberalen hat heute der Abg. Stresemann das Aktionsprogramm v. Döber ebenfalls in aller Form akzeptiert. So fehlt eigentlich für den Augenblick nur noch eine klare Verankerung der Sozialdemokratie als deren Vertretermann bisher der Reichstagsler in besonderen gehalten hat. Von dieser Seite liegt mindestens keine Abgabe vor. Herr Scheidemann hat sich aber die Programmfrage heute gar nicht gestöhrt; man kann aber bei ihm am so eher von einem „qui tacet consentire videtur“ sprechen, als der sozialdemokratische Führer sich in seiner gestrigen Stellungnahme heute einer anerkenntniswerten Mäßigung in der Form befleißigte, ohne seiner Kritik darum in ihrer sachlichen Energie etwas zu vergeben. Seine einleitenden Worte, der Kanzler habe im Sinne keine persönlichen Feinde, nur die sachliche Gegenpartei gegen seine Politik sei geteilt, darf man wohl mit der anderen Erklärung Scheidemanns, die Sozialdemokratie werde ihr Verposten danach einrichten, ob die Regierung verfolge, ihre vernünftigen Absichten auch durchzusetzen, zusammen als ein Anerkenntnis, wenigstens des fortdauernd guten Willens des Kabinetts Hertling blicken. So scheint auch von dieser Seite dem Reichskanzler im Augenblicke wenigstens, weiser kein Stein mehr in den Weg gesetzt werden zu sollen. Das deutsche Völkchen bereits getrennt über die Absichten der Partei auf informierte „Internationale Korrespondenz“ an, indem sie erklärte: „Die Fortschrittler sind angeschlossen. In wenigen Wochen werden man weiter sehen.“

Die Presse zur Debatte im Hauptauschuss.
X Berlin, 26. Sept. (Drabik.) Zu den letzten Verhandlungen im Hauptauschuss schreibt das „B. T.“: „Auch Herr Gröber, der für das Zentrum das Wort ergreift, spricht sich über die Parlamentarisierung und das Aktionsprogramm der Sozialdemokratie aus. Er gehört zu den Kanzler-Verteidigern im Zentrum und schob nicht ungehörig die Ansprache auf ein anderes Gebiet, griff die vom Parteiausdruck der Sozialdemokratie vorgebrachten Beschwerden über eine militärische Nebenregierung auf und unterwarf damit das Kabinett in seinen misslungenen Verhandlungen einer Entmilitarisierung der Politik.“
Im „B. T.“ heißt es über die gestrigen Redner: „Alle wandten sich in mehr oder minder scharfer Abweisung gegen das System der Militär-

politik, das die Zentralregierung zu ihrer Duppe erniedrigt. Die Uebertragung des Tages war die Rede Gröbers, der als härteste Spitze der Regierung Herlings bekannt ist. Weiterhin spricht der „Vorwärts“: „Wie wir hören, ist aus Anlaß des Kriegsministeriellen Erlasses über das Verbot von Verclamungen zugunsten der Friedensresolution des Reichstages angeordnet worden, daß alle Erlasse des Kriegsministers der vorherigen Genehmigung des Reichskanzlers unterstellt werden.“

Der „Lok.-Anz.“ sagt: Die Mehrheitsparteien haben es gelernt gut zu verstehen, das, was sie in der Verteilung unserer politischen Lage gemeinsam haben, ungleich stärker hervorzuheben zu lassen, als die Fragen, in denen sie nur schwer oder gar nicht sich miteinander verständigen können. Herr Gröber hat es freilich den verbündeten Parteien überaus leicht gemacht, an ihren parlamentarischen Nachsprüchen anmengetzt festzuhalten.

Die „Berliner Zeitung“ meint, möchte man zeigen, was eigentlich bei dem gansen Umgebort bis jetzt herausgekommen sei, so erblicke sie nichts Gutes. Die wichtigste Angelegenheit des vollen Eintritts der Sozialdemokratie in die Regierung ist überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen. Aber hierzu muß Stellung genommen werden.

Die „Rundschau“ schreibt, man könne an dem Verlauf der beiden ersten Verhandlungssitzungen, das die sogenannten Krise in Wirklichkeit eine günstige Wendung nehmen werde.

Zum Vorstoß gegen den Kriegsminister.

Berlin, 25. Sept. Die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, wendet sich scharf gegen die politische Militärpolitik. Sie kündigt an, daß die Zurücknahme des Kriegsministeriellen Erlasses gegen die Friedensresolution des Reichstages, mit oder ohne General von Stein, erfolgen werde, und macht darauf aufmerksam, daß Abg. Gröber auf die stürmischen Zurufe, die den Rücktritt des Kriegsministers forderten, antwortete: „Wenn meine Forderung politische Konsequenzen hat, so werde ich sie zu tragen wissen.“ Den Luxus der Arbeit der einen Regierungssitze gegen die der anderen, fügt das Blatt hinzu, können wir uns nicht länger leisten. Das Blatt tritt dann der Auffassung entgegen, daß Gröber zugleich auch den Reichstagsler preisgegeben habe, der sich in den Grenzen des Möglichen durchaus bewährt habe und weiter bewahren werde.

Berlin, 25. Sept. Der „Vorwärts“ schreibt gegen den Uebertritt: „Der Kriegsminister unter dem Reichstag gegen den Kriegsminister“. Gröber hielt eine Anklage über die Handhabung des Belagerungszustandes, vor allem gegen den Kriegsminister v. Stein, der durch seinen Erlass Verclamungen hinfügender Posten zugunsten der Friedensresolution des Reichstages verboten hat. Er rief mit erhabener Stimme: „Ich erwarte noch heute eine Erklärung des Reichstagslers, was er in dieser Frage zu tun gedenkt.“ Die Erklärung des Reichstagslers blieb aber aus, und es sprach nur der General v. Brieseberg, der die Aufhebung verschiedener militärischer Erlasse ankündigte. Es wird ferner erlaubt sein, über die Friedensresolution des Reichstages und über die Wahlrechtsfrage zu reden, und das Verbot gegen den Abg. Haack wird aufgehoben. Ein blaumärzlicher Rückzug auf der ganzen Linie, Zerstückung jedes Restes von Autorität! Warum erlassen die Herren Verbote, die sie nicht aufrecht erhalten können und ihnen selber nur Ungelegenheiten bringen? Jetzt heißt es, daß der Kriegsminister zurücktreten werde. Es ist Zeit.

Die weiteren hauptauschussitzungen.

Berlin, 25. Sept. Wie wir hören, sind für die morgige Sitzung des Hauptauschusses als Redner ausserhalb der Abg. Graf Westarp (Hans.), Erbberger (Hr.) und David (Gos.). In parlamentarischen Kreisen wird es als nicht ausgeschlossen bezeichnet, daß mit dem Grafen Westarp die erste Garnitur der Redner abschließt.

Berlin, 25. Sept. Nach Schluß der hauptauschussitzung veranlaßten sich die Mitglieder zu einer vertraulichen Besprechung, in der die von den Fraktionsführern verlangten ergänzenden Mitteilungen über die militärische Lage und den Regierungsvorhaben gegeben wurden. Daran schlossen sich die Fraktionsführer der Fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Nationalliberalen sowie die interfraktionelle Besprechung.

Zu den neuen interfraktionellen Besprechungen.

Berlin, 25. Sept. Zum ersten Male seit Bekanntwerden des Programms der Sozialdemokratie für den Fall ihres Eintritts in die Regierung trat heute der interfraktionelle Austausch zu Besprechungen zusammen. An ihnen nahmen u. a. teil vom Zentrum die Abg. Gröber, Erbberger und Herold, von der Fortschrittlichen Volkspartei die Abg. Hübner und Wiener, von der Sozialdemokratie die Abg. Scheidemann, Ebert und Siebekum. Wie es heißt, wurde bei den Besprechungen eine Annäherung von beiden Seiten erzielt.

Berlin, 25. Sept. Die interfraktionelle Besprechung hat, wie vermeldet, Aussicht auf eine Annäherung zwischen Zentrum einerseits und Sozialdemokratie und Fortschrittlicher Volkspartei andererseits eröffnet. Die Annahme, daß es zu einem Bruch im Mehrheitsblock kommen werde, wurde zwar heute noch vereinzelt geäußert, scheint aber in der Hintergründigkeit zu sein, und man rechnet jetzt eher mit der Möglichkeit, daß Zentrum und Sozialdemokratie sich auf einer mittleren Linie zusammenfinden könnten.

Der Kampf im Westen.

Deutscher Tagesbericht.
WTB. Großes Hauptquartier, 25. September. (Amlich.)
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Rege Erkundungstätigkeit in Flandern. Zwischen Mooren und dem Walde von Haincourt leidet der Artilleriekampf auf. Bei Mooren scheiterte erneute Angriffe des Feindes.
Heeresgruppe des Generalobersten v. Boehn.
Deßlich von Epehy nahmen wir in stillen Gegenangriffen die vor den Kämpfen am 22. September gehaltenen Linien wieder. Zwischen dem Duingnonoch und der Somme nahmen Engländer und Franzosen ihre Angriffe gegen St. Quentin wieder auf. Sie waren von starker Artillerie und Panzerwagen begleitet. In Pontreux, Orcourt und Francilly-Selency führte der Gegner am frühen Morgen Fuß. Versuche des Feindes, in heftigen, bis gegen Millig fortgesetzten Angriffen die Einheitsstille zu erweitern, scheiterten. Durch Artillerie und Flieger wirksam unterstützte Gegenriffe unserer Infanterie und Kavallerie brachten gegen Millig Pontreux und Orcourt wieder in unsere Besitz; die zwischen beiden Orten gelegene Höhe wurde nach wechselvollen Kämpfen wieder gewonnen. Francilly und Selency blieben in Feindeshand. Am frühen Morgen brachen keine Angriffe mehr hervor vor unsere Linien zusammen. Wo er sie erreicht, wurde er im Gegenriff wieder zurückgeworfen.

Deutscher Kronprinz

Zwischen Vesle und Aisne brachen Sturmabteilungen in die feindlichen Linien südlich von Olesme ein und brachten 85 Gefangene zurück. Ein starker Gegenriff, den der Feind nach dem Schluß dieser Kämpfe gegen unsere Ausgangsstellung richtete, wurde abgewiesen. Bei kleineren Unternehmungen über die Vesle und in der Champagne machten wir Gefangene.
Wir schloßen gestern im Aufkamp 28 feindliche Fingerges und 6 Fesselballone ab. Keimant Nummer errang seinen 42., Keimant Jacob seinen 30. Laffette.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Neue Angriffe abgewiesen.

WTB. Berlin, 25. Sept. abends. (Amlich.) Zwischen Duingnonoch und der Somme wurden erneute Angriffe des Feindes abgewiesen.

WTB. Berlin, 25. Sept. Seit Anfang September verjoh sich der Druck der Engländer gegen die Siegfriedstellung immer mehr von Norden nach Süden. Dabei rannete Joch mit zunehmendeallten Kräften mit außerordentlicher Zähigkeit bald in geschlossenem Großangriff, bald in starken Selbstverlusten bis immer wieder verbriet gegen die deutsche Front im Raume Cambrai-St. Quentin an. Am 24. September schloß er starke englisch-französische Kräfte gegen den Raum nordwestlich und westlich St. Quentin an. Der Angriff galt in erster Linie der sog. Kommissäre zwischen den Dorfströmern von Pontreux und Orcourt. In gewohnter Weise strömten die Engländer vor. Hinter schwersten Artilleriefreier gingen starke Infanteriemassen, von zahlreichem Tank und Schlachtflegeln begleitet. Im ersten Ansturm gingen die beiden Dörfer verloren. Den planmäßig unter starkem Artilleriebeschuss einziehenden deutschen Gegenangriffen vermochte der Engländer jedoch nicht standzuhalten. Pontreux und Orcourt wurden wieder erobert. In erlittenerm Ringen gelangte schließlich auch die Kommissäre, die mehrmals den Besitzer wechselte, wieder in deutsche Hand. Weiter südlich, wo es den Franzosen gelungen war, sich Francilly und Selency zu bemächtigen, griff der Gegner am Mitternacht nach kurzer Feuertorbereitung nochmals an. Es gelang ihm jedoch nicht, über das Dorf hinaus Boden zu gewinnen. Fünf Offiziere und 50 Mann blieben in deutscher Hand.

Zwischen Ailette und Aisne stießen in der Nacht vom 23. zum 24. mehrfach starke französische Patrouillen vor. Am Morgen des 24. einsetzendem schweren Feuer folgte nur ein Teilangriff südlich von Millon, der im Handgematenkampf im Gegenriff abgewiesen wurde. An der feindlichen Front war die Artilleriestärke reger. Bei einem Unternehmung wurden mehrfach Gefangene eingeschleppt. Bei einem derartigen deutschen Vorstoß nordöstlich von Millon gelang es, 14 feindliche Unterstände zu sprengen und 22 Gefangene zurückzubringen.

Operationalpaufe?

Bern, 25. Sept. Zur Kriegslage schreibt E. G. e. m. in „Berliner Bund“: „Foch wendet eine Fülle von Mitteln auf, um, wenn irgend möglich, vor dem November zu entscheidenden Ergebnissen zu gelangen. Diese sind jedoch bisher ausgeblieben; denn die Deutschen haben heute erst in der Grundstellung, in der sie sich schon im November vorigen Jahres befanden, und haben mit Ausnahme des unwichtigen Vorpostens von St. Mihiel noch keine wichtigen Punkte der alten Westfront aufgegeben; so haben vielmehr noch erobertes Vorgeände im Besitz. Je höher man den französischen Feldherrn einschätzt, desto mehr muß man zu der Einsicht gelangen, daß er in Flandern, in der Champagne und an der lothringischen Front zu Operationen größten Stils schreiten wird. Er kann seine Operationen nicht so langsam lassen oder stillen, ohne das Wehrsystem angedeutet zu haben, um die Wehrstellungen zu durchbrechen. Darüber darf die scheinbare Stille, die nur eine Operationalpaufe ist, nicht hinwegzuführen. Heute ist die deutsche Stellung auf der ganzen Front von Flandern bis zum Gandoa nerschäfter; dahinter liegt der nach der Tiefe bis zum Rhein

hin gestaffelte Stellungskomplex, der zum Kampfgebiete dienen kann.

Italienischer Kriegshaupung.

Der österreichische Tagesbericht.
WTB. Wien, 25. Sept. Amlich wird verlautbart:
An der Tiroler Südfont und zwischen der Brenta und der Wipe scheiterten italienische Erkundungsvorritte. In den sieben Gemeinden letzte der Feind getreten bei Canove seine Teilangriffe fort. Die Angreifer, Italiener und Tschecho-Slowaken, wurden überall geworfen, an einer Stelle durch einen Gegenstoß von Darabuziger Dragonern.
Der Chef des Generalstabes.

Der Krieg auf den Meeren.

Die U-Booterfolge an der amerikanischen Küste
WTB. Bern, 25. Sept. Den vorgelegten Berichten über die deutschen U-Bootoperationen an der amerikanischen Küste ist nach amerikanischen Blättern folgendes hinzuzufügen: „Newport Times“ vom 14. August wurde seit dem ersten Erscheinen eines U-Bootes in den amerikanischen Gewässern vom 18. Mai bis 12. August insgesamt 31 Schiffe versenkt. Die zunehmende Frequenz der Angriffe Mitte August erregte allgemeinen Unwillen und gab, die genannten Zeitung zufolge, am 14. August zu einer langen Kabinetsitzung Anlaß. Am gleichen Tage wurden die Führer der „Carl“ und „Kette“ sowie der nordwestliche Dampfer „Sommerkath“ (3875 Br.-Reg.-T.) versenkt, der seit Mitte Mai des polstische nordwestliche Dampfer „Gering Post“ vom 18. August meist die Verbindung des brasilianischen Nordostküsten „Madragda“ (1618 Br.-Reg.-T.) unweit Norfolk. „Newport Times“ vom 22. August zufolge richtete die bereits erwähnte deutsche U-Boote „Triump“ auf den Newfoundlandbanken erheblichen Schaden an und vernichtete nach einer Montrealer Meldung eine ganze, neun Schiffe zählende Fischerflotte der Maritime Wharf Corporation. Am Senat erhoben darüber Mc. Cumber und Deere scharfe Beschwerden gegen die Marineleitung, weil sie der U-Boote nicht Herr zu werden vermochte. Der Vorkühende des Marineministers Ledge vertheidigte, daß alles zur Bekämpfung geschehe. Einer Meldung der „Associated Press“ vom 23. August zufolge wurde weiter der britische Dampfer „Diamond“ (4700 T.) nach kurzem Feuergefecht vernichtet. „Newport Times“ vom 2. August erwähnt die kurz zuvor unweit Halifax erfolgte Vernichtung des Petroleumdampfers „Luz Blanca“ und meldet die Vernichtung eines britischen Dampfers „Eric“ (600 Tonnen) sowie vier amerikanischer Fischerdampfer bei Island. — Ihre Verklammungen amerikanischer Schiffe in fremden Gewässern werden bekanntgegeben: Am 21. August „Montana“ (6659 Br.-Reg.-T.), am 23. August das Transatlantische „Lake Eben“, der Frachtdampfer „West Bridge“ (8800 Br.-Reg.-T.) und „Cubera“ (7300 Tonnen).

Gereifte Ueberlebende eines versenkten amerikanischen Dampfers.

TU. Amsterdam, 25. Sept. Ein amerikanischer Dampfer, der am 17. September in einem tiefen Hafen ankam, hatte, wie „Times“ berichten, ungefähr 100 Ueberlebende des amerikanischen Dampfers „Dors“ (7000 T. groß) an Bord. Bekannter Dampfer war von einem deutschen U-Boot durch Torpedofuß versenkt worden.

Frankreich.

Der feindliche Vernichtungswille.

Berlin, 24. Sept. Bald nach dem ersten Erfolge der Entente an der Westfront äußerten sich Ministerpräsident Clemenceau und General Pershing gelegentlich einer Unterredung in scharfster Weise über die feindlichen Kriegsziele. Die Quintessenz der Aussagen kam dahin zusammengefaßt werden: Deutschland müsse als wirtschaftliche Großmacht vernichtet werden, und dies könnte nur dadurch erreicht werden, daß abgesehen alle der Befreiung der von Deutschland unterdrückten Nationalitäten, der Herausgabe von bestes Gebiete, der bekannten Ueberdetherstellung von Belgien, die Staatsform des Deutschen Reiches auf diesezeit zurückgeführt werde, welche vor dem Jahre 1866 bestanden habe. Auch von einer Uebertragung des gesamten linken Rheingebiets wurde von einer Selbstverständlichkeit gesprochen.

Zürich, 24. Sept. Aus Paris wird gemeldet: Der amerikanische Vorkühner Gump erklärte zu Burians Vorkühner, daß als Vorbedingung zur Brüjung der Unerklichkeit des Friedenswünschens die freiwillige Räumung Frankreichs und Belgiens durch die Deutschen sofort in die Wege geleitet werden müsse.

Bern, 24. Sept. Wie groß die Furcht der französischen Regierung vor dem Einbruch des deutschen Friedenswillens ist, geht daraus hervor, daß das Pariser Publikum durch Straßenansprüche warden auf die deutschen Versuche eines Kommandierendes hinaus wiesen wird.

Bekanntmachung.

Dem Hauptlehrer Busch zu Glad-derlohausen ist eine Annahmestelle und Sammelstelle für Buchedern übertragen worden. Rüdens.

Groß Oldenburgisches Amt.

Bekanntmachung.

Das stellv. Generalkommando hat am 24. September 1918 eine Bekanntmachung Nr. 5. M. 580/9. 18 R. R. U. betr. Bestandserhebung, Beschlagsnahme und Höchstpreise von Weiden, Weidenstößen, Weidenstößen u. i. w. erlassen, die am 21. Sept. 1918 in Kraft tritt. Diese Bekanntmachung kann bei der unterzeichneten Behörde eingesehen werden. Sie ist ferner in vollem Wortlaut in den Oldenburgischen Anzeigen abgedruckt. Abdrücke können auch von der Kriegsstoffstelle in Hannover, Fundstraße 1 C, unentgeltlich bezogen werden. Rüdens.

Gemeinde Osterburg.

Kartoffel-Aussgabe am Freitag, den 27. d. M., vormittags von 8-11 Uhr für die Rotten 1-5, nachmittags von 2-5 Uhr Rotten 6-10, Sonnabend, den 28. d. M., vormittags von 8-11 Uhr Rotten 11 und 12 und Bauerschichten 1-3, und nachmittags von 2-5 Uhr Bauerschichten 4-6 und die übrigen Teile der Gemeinde. Die Quittscheine sind unter Vorlegung der Lebensmittelliste im Kartenausgabebüro, Bremerstr. 28, einzulösen.

Rosenbohm.

Gemeinde Osterburg.

Die Bezugsscheine für diejenigen, die ihre Kartoffeln vom Erzeuger beziehen und die Kartoffelkarten für diejenigen, die ihren Bedarf bei der Gemeinde anfordern, werden während der Zeit vom 27. Sept. bis 10. Oktober vormittags von 9-11 Uhr und nachmittags von 3-6 Uhr unter Vorlegung der Lebensmittelliste im Kartenausgabebüro, Bremerstr. 28, ausgegeben. Rosenbohm.

Butterfarten-Aussgabe Dintlage

am Montag, dem 30. September, von morgens 8 bis 12 Uhr, und nachmittags von 2 bis 6 Uhr im Gefellenhaus zu den bekannten Stunden. Wer am den Termin versäumt, hat später keinen Anspruch auf Karten.

Die Gelder für abgeliefertes Heu vom 7. Septbr. werden am Sonntag, dem 29. September von vormittags 10 bis nachmittags um 3 Uhr ausgezahlt, ebenso die Nachzahlung für geliefertes Heu der Ernte 1918. Die Gelder für abgeliefertes Frühkartoffeln werden am 6. Oktober, vormittags von 10 bis nachmittags ausgezahlt. Alles auf dem hies. Bahnhof.

Gemeindevorstand.

Lehrer Auftrags.

Für Auftrags d. Ecken des Julius G. S. Lössleferens bezug in Bevern werde ich am

Donnerstag, dem 10. Okt., nachm. 1 Uhr in Beinhofs Wirtschaft in Bevern den daselbst belegenden

Hof (34 ha groß)

offenlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Der Hof liegt mitten im Ort in unmittelbarer Nähe der Kirche und Schule, der Mühle und Molkerei, an der Chaussee Effen-Behtia, 50 Minuten vom Bahnhof Effen, 7 Kilometer von Quadenried. Die Bänderereien liegen in unmittelbarer Nähe des Hofes und sind im guten Kultur-Zustande und besser Boden. Die Gebäude sind gut erhalten, das Wohnhaus vor fünf Jahren neu erbaut. Der Hof wird zu Eigenstellen im ganzen und parzellenweise aus-gegeben. Eintritt sofort, für die Gebäude am 1. Nov. 1918.

Ein Teil des Kaufpreises kann stehen bleiben. Besichtigung bei vorheriger Anmeldung Telefon 8 a Effen i. Oldbg.

Nähere Auskunft und Auszüge kostenlos. Der Zuschlag wird erteilt.

Effen i. Oldbg., den 22. Sept. 1918.

B. Dietmann, Amtl. Autt.

Immobil-Verkauf.

Am Dienstag, dem 1. Okt. 1918, nachm. 3 Uhr, läßt Ritter Frez. Wärmann in Krage bei Sohle im Hause des Wirts H. Kischhoff in Krage wegen anderweitigen Verkaufs seine daselbst belegene Köttere, bestehend aus:

- 4 ha Aderland,
- 1 „ 70 ar Wiesen, nebst groß. Wohn- u. Wirtschaftsgebäuden und Stallungen

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Käufer ladet ein

Sohle, Sept. 1918.

H. Buchhorst, Autt.

Pflück- u. Fallobst

Gemüse, als Weißkohl, Wirsing, Kottkohl, Wurzeln etc. nehme am Montag und Dienstag jeder Woche ab. Herbstkartoffeln werden von jetzt an täglich beladen, jedoch ist Anmeldung vorher unbedingt erforderlich, dieselben sind von Erde gut zu reinigen und müssen einer Durchmesser von 1 1/4 Zoll = 3,2 cm. haben. Freitag und Sonnabend dieser Woche nehme

Roggen

ab. Anmeldungen erbeten. Damme. J. F. Leiber.

Kaufe ständig:

Kaninchen, Geflügel, Gänse und Wild zu hohen Preisen. Aug. Coors, Bahnhof Bestia.

Kaninchen

und zahle pro Pfund Lebendgewicht 4-6 Pfund und zahle pro 6 Pfund an 3 M.

Heinrich Hardinghaus, Neuentrassen i. Oldb.

Unsere Kundschaft wird gebeten, Roggen-, Hafer-, Suppen-, Amoniak- und Kalkfäße umgehend zurückzubringen, da solche dringend benötigt sind. Genossenschafts-Häckselschneiderei, Goldenstedt.

Wohnhaus

mit großem Garten, belegen in der Stadt Bestia, für fremde Vernehmung unter der Hand zu verkaufen. Das Haus ist massiv gebaut und befindet sich in gutem baulichem Zustande. Bestia, 24. Sept. 1918. Weitzmannsche Frzge.

Gesucht wird zum 1. Mai 1919 auf einem mittleren Bauernhofe, wo keine Kinder vorhanden, 6 melkende Kühe, ein fahrig, durchwegs streblames, eigr.

Mädchen

nicht unter 18 Jahre. Gute Behandlung und hoher Lohn.

Angebote unter E. W. 20 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Sofort gesucht ein älteres Mädchen.

Eisenbahner-Erholungsheim, Damme i. Oldbg.

Gesucht zum 1. Nov., eventuell auch schon früher ein tüchtiges Mädchen

für Haus- und Gartenarbeit nach Gut Dopen bei Sohle.

Mädchen

für Haus- und Gartenarbeit nach Gut Dopen bei Sohle.

Ehr. Heidhues.

Schuhmacher gesellen gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung.

Soj. Scheele, Bestia.

Zu verkaufen ein noch sehr gut erhaltener Kachelofen.

H. Grave, Schwitzfelder b. Cappeln.

Verloren am Dienstag Abend einen goldenen Damenzing (Reisblatt-Muster in Glassteinen). Gegen hohe Belohnung abzugeben an die Geschäftsstelle d. Bl.

Blumenkohl, Kottkohl, Wirsing, Rabus, Rosenkohl und rote Beeten abzugeben.

Löbke-Schwegmann, Dintlage.

Reißerbejen

(trodene), beste Qualität, empfiehlt, so lange Vorrat reicht.

Aug. Gerhardt, Bestia.

Gabe eine gute Stiffdrehschmaschine mit Schütler zu verkaufen.

Wirt H. Niefeld, Südlöhne bei Sohle.

Empfehle Spiralfeder-Vereinigung

1 ganze Garnitur 32 Mk. Ferner

Karbidlampen in allen Größen zu billigen Preisen.

Aug. Schröder, Vohnerwiesen. b. Sohle.

Karbid

für September kann abgeholt werden.

A. Osterhoff, Dintlage.

Eine jährliche, eingetragene, schwere, belegte

Stute

freunnd und zugest in jedem Geschirr, zu verkaufen.

Zeller Wigen 1, Umergen.

Habe eine hochtragende

Quene

zu verkaufen. Herrn. Zumbärgel, Tischlermeister, Sohle.

Roggen-Abnahme

am Sonnabend, dem 28. d. Mts., für die Gemeinde Goldenstedt. Bitte nochmals Zeitgerecht zu berücksichtigen. H. Gerdes.

Saatbeize

„Uspulua“ empfiehlt D. Schröder.

Bestia. Freitag, den 27. September, abends 8 Uhr, im Oldenburgischen Hof

Hindenburg-Gastspiel

mit dem Riesensfilm Ostpreußen und sein Hindenburg in einem Vorspiel und fünf Akten mit Musik vom Königl. Musikdirektor Prof. Hummel. 50 000 Mitwirkende aus der Gegend der Ostmark und dem Weltkrieg.

Gesellschaft von den Götto-Verien und Vertreten zu Guntzen des unter dem Protektorat Sr. Majestät des Kaisers stehenden Reichsverband „Ostpreußenhilfe“. Ehrenpräsident Sr. Excellenz Generalfeldmarschall von Hindenburg, Vorsitzender Reichspräsident von Lüdinghausen, Polizeipräsident von Berlin.

Programm: 1. Vorspiels mit Hindenburg. Marsch. 2. Hohenfriedberger. 3. Ostpreußen und sein Hindenburg. Vorspiel und 2. Akt. 4. Niederländisches Dantgebet, gemeinsam gesungen. 5. Ostpreußen u. sein Hindenburg. 3. u. 4. Akt. 6. Hindenburg und Lüdingdorf im großen Hauptquartier. 7. Ostpreußen und sein Hindenburg. 5. Akt. 8. Nationalhymne, gemeinsam gesungen. 9. Schlusmarsch.

Zu einem schauerlichen Mitterleben wird hier der Weltanschauer gesprochen. Mit dem ersten Schreckenswort: „Die Kräfte kommen!“ fest es ein und steigert sich von Bild zu Bild. Wir sehen im Hauptquartier brennende Dörfer; wir sehen die Mauern von Däusen und Kirchen fallen, erfüllen den ganzen Jammer der Flüchtlinge, das Herbeistrennen der gemarterten Frauen. Die Faust ballt sich, wenn man sieht, wie taufende von Flüchtlingen umhelfen und beladen die Schiffe beladen müssen, wenn man fernher sieht, wie die Gentesmichte Teile der Zurückgebliebenen in die Schenke treiben, um sie bei lebendigem Leibe zu verbrennen. Harmlose Förster ihren Familien entziehen und als angebliche Espione erschiesen, hilflose Frauen und Mädchen vergeblich um alles verzweifeln. Selbst der verdiente Untergang unserer Feinde wird uns lebenswahr vor unsere Augen geführt.

Ein Aufatmen ringt sich aus unserer Seele — denn „nur im Film“ sehen wir das ganze Elend an uns vorüberziehen, — „nur im Film“ bekommen wir die Grenz zu folgen, die der furchterliche Einfall der Russen mit sich gebracht hat.

Zu diesem grandiosen Filmwert hat Professor Hummel eine den einzelnen Szenen sinnvoll angepaßte Begleitmusik geschrieben.

Um zahlreichen Erscheinen wird höflich gebeten. Eintrittspreise im Vorverkauf im Festlokal: 1. Platz 2,00, 2. Platz 1,50, 3. Platz 1,00 Mk. An der Abendkasse: 25 Pfg. Aufschlag.

Nachm. 5 Uhr Schülervorstellung. Eintritt 30 Pfg. Die Direktion.

Gymnasium zu Bestia.

Nach einer vom Ministerium übermittelten Anordnung des Kriegsvorbereitungsausschusses zu Hannover sollen in den Provinzen größere Heereskommandos für die Reservisten bereitgestellt werden.

Es kommen dafür nicht in Betracht die bereits im landwirtschaftlichen Hilfsdienst stehenden Oberheimann und alle pflichtfähigen Schüler, die laut gemeindeamtlicher Bescheinigung an den Gemeindevorstand (bei Eltern, Verwandten usw.) schon beteiligt sind. Bis zum Sonntag bei mir eine solche Bescheinigung nicht vor, so werde ich über diese Schüler frei verfügen. Kattjoff.

Sonntag, den 29. September: Großes Marine-Streichkonzert, angeführt von der Kapelle des 3. Marine-Aufschiffstrupps Althorn unter Mitwirkung des allgemein beliebten Komikers und Humoristen W. Wieneke, genannt „Unitum“, im Saale „Oldenburger Hof“, Bestia. Anfang 7.30 Uhr. Eintritt: 1.50 Mk. Willkür die Gäfte.

Roggen-, Hafer- und Kartoffelabnahme

am Mittwoch und Donnerstag, dem 2. und 3. Okt. Anmeldungen hierzu Sonnabend, dem 28. Sept. erbeten. Goldenstedt. Heim. Gerdes.

Dankfagung.

Allen, die uns bei dem herben Verlust unseres lieben Sohnes und unbeschreiblichen Leidens Willhelm ihre Teilnahme bewiesen haben, danken wir herzlich. Auch Herrn Pastor Exentrop für die trostreichen Worte, dem Herrn Lehrer Bredt für die Beileidsworte seitens des Kriegsvorbereitungsausschusses und für die Erbringung des Kriegsvorbereitungsausschusses sagen wir unsern innigsten Dank. Familie Friedrich Keimling.

Todes-Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Ratsschlusse starb den Selbentod fürs Vaterland mein lester, innigstgeliebter Sohn, unser guter, lieber Bruder, der

Lehrer Heiner Brahm, Leutnant der Res. im Inf.-Regt. Nr. ... Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse und des Friedrich August-Kreuzes.

Am 11. August d. Js. wurde er schwer verwundet im Süden. Er starb am 22. Sept. im St. Marienkrankenhaus zu Frankfurt a. M., versehen mit den hl. Sterbesakramenten, ganz ergeben in Gottes Willen, im Alter von 28 Jahren. Vier Jahre hat er fürs Vaterland gekämpft. Sein Bruder Josef ging ihm am 17. Januar 1917 im Selbentode voran. Die beiden älteren Brüdern, Koloman und Bekmann, überlebten am mit der Bitte, des teuren Bestenruhen im Gebete zu gedenken.

Die trauernde Mutter und die Schwestern. Strüdingen, Mühlhausen, 25. Sept. 1918.

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 1. Oktober, morgens 10 Uhr, nach Ankunft des Juges in Grädingen statt, wozu Verwandte, Kollegen und Bekannte eingeladen werden.

Todes-Anzeige.

Höflich und unerwartet erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß unser innigstgeliebter Sohn, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Musikler

Martin Hüninghate, Inf.-Regt. Nr. ... 5. Komp., Inhaber des Eis. Kreuzes und des Friedrich August-Kreuzes 2. Klasse, am 14. September den Selbentod erlitten hat. Sein Verlust ist uns so traurig, da ihm sein Bruder Benard im März 1918 im Selbentode voranging.

Mit der Bitte, des lieben Bestenruhen im Gebete zu gedenken, zeigen dies tiefbetruibt an

Die trauernden Angehörigen. Beilage bei Damme, westlicher Kriegsvorbereitungsausschuss, 25. Sept. 1918.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Dienstag, dem 1. Oktober, morgens 7 Uhr in der Pfarrkirche zu Damme, wozu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.